
6384/J XXVIII. GP

Eingelangt am 24.06.2026

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Mag. Paul Hammerl, MA
an den Bundesminister für Wirtschaft, Energie und Tourismus
betreffend **Volkswirtschaftliche Belastungen durch teures Biomethan und die vom Wirtschaftsministerium beauftragte SEG-Studie zu den Effekten der Biomethanproduktion in Österreich**

Die Servicestelle Erneuerbare Gase (SEG) hat im Mai 2026 die Studie „Volkswirtschaftliche Effekte der Biomethanproduktion in Österreich“ veröffentlicht.¹ Die SEG ist laut Studie *„eine Einrichtung im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Energie und Tourismus“*.¹ Die Studie kommt zum Ergebnis, dass ein Ausbau der heimischen Biomethanproduktion erhebliche positive Wertschöpfungs-, Beschäftigungs- und fiskalische Rückfluss-effekte für Österreich auslösen würde. Für den Ausbau einer Biomethankapazität von 1 TWh pro Jahr werden in der Studie durchschnittliche Investitionen von rund 560 Mio. €, eine inländische Bruttowertschöpfung von durchschnittlich 394 Mio. € in der Investitionsphase sowie durchschnittlich 5.123 Vollzeitäquivalente angeführt. Im laufenden Betrieb werden pro TWh und Jahr durchschnittlich 164 Mio. € Bruttowertschöpfung, rund 3.190 Vollzeitäquivalente und fiskalische Rückflüsse von durchschnittlich 55 Mio. € genannt.

Damit wird der Eindruck erweckt, Biomethan sei nicht nur energie- und klimapolitisch, sondern auch volkswirtschaftlich ein besonders vorteilhafter Energieträger. Gerade diese Schlussfolgerung ist jedoch hochproblematisch. Denn eine volkswirtschaftliche Bewertung darf nicht nur aufzeigen, welche Branchen von einem teuren Energieträger profitieren. Sie muss auch offenlegen, wer die dadurch entstehenden Mehrkosten trägt und welche wirtschaftlichen Schäden bei Haushalten, Gewerbe und Industrie entstehen.

Biomethan ist im Vergleich zu Erdgas erheblich teurer. Während Erdgas trotz aktueller geopolitischer Unsicherheiten auf Großhandelsebene deutlich günstiger verfügbar ist, liegen die in der Studie herangezogenen laufenden Kosten von Biomethananlagen – inklusive Feedstock – je nach Anlagentyp in einer Bandbreite bis 169 €/MWh, bei landwirtschaftlichen Anlagen durchschnittlich 116 Euro/MWh und bei Abfallanlagen durchschnittlich 100 €/MWh. Umgerechnet entspricht dies Kosten in einer

¹ https://www.erneuerbaresgas.at/effekte_biomethan
https://www.erneuerbaresgas.at/jart/prj3/erneuerbare_gase/data/uploads/SEG%20Studie%20-%20Volkswirtschaftliche%20Effekte%20der%20Biomethanproduktion.pdf (aufgerufen am 30.05.2026)

Größenordnung, die deutlich über marktnahem Erdgas liegt. Jede politisch forcierte Substitution von Erdgas durch Biomethan bedeutet daher zwangsläufig eine Mehrbelastung für jene, die Gas zum Heizen, für Fernwärme, zur gewerblichen Nutzung oder für industrielle Hochtemperaturprozesse benötigen.

Während die Studie die angeblichen volkswirtschaftlichen Vorteile von Biomethan betont, bleibt die soziale Realität vieler Gaskunden weitgehend ausgeblendet. Schon heute können sich viele Bürger das Heizen kaum noch leisten. Die Energiekrise, hohe Netzkosten, Inflation und steigende Wohnkosten haben dazu geführt, dass Wärme für viele Haushalte zu einer existenziellen Kostenfrage geworden ist. Wer im Winter die Heizung zurückdrehen muss, weil die Rechnung sonst nicht mehr bezahlbar ist, erlebt Energiepolitik nicht als abstrakte Transformationsdebatte, sondern als konkrete Belastung im Alltag.

Vor diesem Hintergrund ist es besonders problematisch, wenn ein deutlich teurerer Energieträger wie Biomethan als volkswirtschaftlicher Vorteil dargestellt wird, ohne offenzulegen, welche Mehrkosten dadurch bei den Endkunden entstehen. Wenn Erdgas aktuell deutlich günstiger ist als Biomethan, dann führt jeder politisch erzwungene Biomethan-Anteil zu zusätzlichen Kosten. Diese Kosten verschwinden nicht, sondern werden entweder über Gaspreise, Umlagen, oder Förderungen aus dem Bundesbudget bezahlt. Am Ende treffen sie Bürger, Betriebe und Steuerzahler.

Genauso kritisch ist dies auch für die österreichische Industrie. Viele Betriebe stehen im internationalen Wettbewerb mit Produktionsstandorten in den USA oder Asien, wo Gaspreise strukturell deutlich niedriger sind. Wird der heimischen Industrie zusätzlich ein deutlich teurerer gasförmiger Energieträger vorgeschrieben oder über Quoten, Umlagen, Förderinstrumente oder Netztarife weiterverrechnet, verschärft dies den bestehenden Standortnachteil. Österreich verliert dann nicht nur energiepolitische Wettbewerbsfähigkeit, sondern riskiert auch industrielle Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Investitionen.

Gerade deshalb darf die Frage der Leistbarkeit nicht nachrangig behandelt werden. Es gilt jedenfalls zu vermeiden, dass Energie immer weiter verteuert wird. Eine verantwortungsvolle Energiepolitik muss Versorgungssicherheit, Umweltschutz und Leistbarkeit gemeinsam denken.

Die SEG-Studie behandelt diese Nachfrageseite nur unzureichend. Sie stellt umfangreich dar, welche Wertschöpfung in Bauwirtschaft, Maschinenbau, Landwirtschaft, Transport, technischen Dienstleistungen und öffentlichen Haushalten entsteht. Nicht gleichwertig untersucht wird hingegen, welche Belastungen bei jenen entstehen, die diese Wertschöpfung über höhere Gaspreise oder öffentliche Mittel finanzieren müssen. Gerade darin liegt der zentrale volkswirtschaftliche Einwand: Hohe Kosten erzeugen zwar Zahlungsströme, aber Zahlungsströme sind nicht automatisch Wohlstand.

Methodisch beruht die Studie auf einer Input-Output-Analyse. Dieses Instrument kann sektorale Bruttoeffekte sichtbar machen. Es zeigt, welche wirtschaftliche Aktivität entsteht, wenn in einem bestimmten Bereich zusätzliche Ausgaben getätigt werden. Eine solche Analyse ersetzt jedoch keine gesamtwirtschaftliche Kosten-Nutzen-Analyse. Sie beantwortet insbesondere nicht, welche Ausgaben, Investitionen,

Konsum- und Produktionsentscheidungen durch die höheren Energiekosten an anderer Stelle verdrängt werden.

Die Studie räumt diesen Punkt selbst ein. Für die Betriebsphase wurde ein kostendeckender Betrieb unterstellt; der Betriebsüberschuss wurde auf null gesetzt. Zudem ist der Biomethansektor in der verwendeten Input-Output-Tabelle nicht als eigener Produktionssektor enthalten, weshalb ein fiktiver Sektor „Biomethan“ modelliert werden musste. Die Studie hält weiters fest, dass implizit angenommen wird, Biomethanproduktion wirke als zusätzliche wirtschaftliche Aktivität und führe zu keiner Verdrängung anderer Produktions- oder Nachfrageaggregate. Genau diese Annahme ist aus volkswirtschaftlicher Sicht höchst problematisch. Denn wenn Haushalte und Betriebe für dieselbe Energiemenge mehr bezahlen müssen, fehlt dieses Geld an anderer Stelle. Unternehmen investieren weniger, verlieren Margen oder verlagern Produktion. Haushalte reduzieren Konsum. Der Staat muss Fördermittel aufbringen, die anderswo fehlen.

Auch die Datengrundlage und Annahmen werfen Fragen auf. Die Studie stützt sich bei der Investitionsstruktur teilweise auf ältere Daten zu Biogasanlagen mit Verstromung und nimmt methodische Anpassungen für moderne Biomethananlagen vor. So wird etwa der Maschinenbauanteil aufgrund der technischen Komplexität um rund 63 Prozent nach oben korrigiert, während Bau- und Elektrotechnikanteile angepasst werden. Weiters weist die Studie selbst darauf hin, dass bei einem Markthochlauf auf mehrere TWh mit steigenden Substratpreisen, Konkurrenz um biogene Reststoffe, Fachkräfteengpässen und veränderten Kostenstrukturen zu rechnen ist. Gerade ein politisch forcierter Hochlauf kann daher zu weiter steigenden Kosten führen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob das Wirtschaftsministerium mit der Beauftragung, Finanzierung oder Unterstützung dieser Studie eine objektive volkswirtschaftliche Entscheidungsgrundlage schaffen wollte oder ob hier vor allem ein politisch gewünschtes Ergebnis zur Rechtfertigung eines teuren Biomethan-Hochlaufs produziert wurde. Eine seriöse energie- und wirtschaftspolitische Bewertung muss nicht nur die Profiteure eines Biomethan-Ausbaus darstellen, sondern auch die Kosten für Konsumenten, Industrie, Steuerzahler und Standort Österreich transparent machen.

Insbesondere ist zu klären, ob das Wirtschaftsministerium die in der Studie dargestellten Bruttoeffekte als tatsächlichen volkswirtschaftlichen Netto-Nutzen interpretiert, ob die Mehrkosten gegenüber Erdgas berechnet wurden, welche Auswirkungen auf Gaspreise und Industriestandort erwartet werden und ob Alternativen wie heimische Erdgasförderung, Diversifizierung von Gasimporten oder Effizienzmaßnahmen geprüft wurden.

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an den Bundesminister für Wirtschaft, Energie und Tourismus nachstehende

Anfrage

1. Wurde die SEG-Studie „Volkswirtschaftliche Effekte der Biomethanproduktion in Österreich“ durch Ihr Ressort unmittelbar bzw. mittelbar beauftragt?
 - a. Wenn ja, wann wurde die Studie beauftragt?

- b. Wenn ja, durch welche Organisationseinheit Ihres Ressorts wurde die Studie beauftragt?
 - c. Wenn ja, auf welcher rechtlichen, organisatorischen oder budgetären Grundlage erfolgte die Beauftragung?
 - d. Wenn nein, in welcher konkreten Form steht die SEG im Zusammenhang mit Ihrem Ressort?
2. Welche Rolle spielte Ihr Ressort bei der Erstellung, Begleitung, Finanzierung oder Veröffentlichung der Studie?
3. Wurde die Fragestellung der Studie durch Ihr Ressort vorgegeben?
 - a. Wenn ja, wie lautete die konkrete Fragestellung?
 - b. Wenn nein, wer legte die Fragestellung fest?
4. Wurde das Studiendesign vorab mit Ihrem Ressort abgestimmt?
 - a. Wenn ja, welche methodischen Vorgaben wurden gemacht?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
5. Welche Kosten sind für die Erstellung der Studie angefallen?
6. Aus welchem Budgetansatz wurden diese Kosten finanziert?
7. Wurden neben direkten Zahlungen auch Personalressourcen, Daten, Beratungsleistungen oder sonstige Unterstützungsleistungen Ihres Ressorts für die Studie bereitgestellt?
8. Welche externen Auftragnehmer, Subauftragnehmer, Experten oder Institutionen waren an der Studie beteiligt?
9. Wurde vor Veröffentlichung der Studie eine fachliche Prüfung durch Ihr Ressort vorgenommen?
10. Wurde vor Veröffentlichung der Studie eine volkswirtschaftliche Plausibilitätsprüfung vorgenommen?
11. Wurde vor Veröffentlichung der Studie geprüft, ob die Studie Bruttoeffekte oder Nettoeffekte ausweist?
12. Teilt Ihr Ressort die zentrale Schlussfolgerung der Studie, wonach der Ausbau der Biomethanproduktion erhebliche volkswirtschaftliche Vorteile für Österreich bringt?
 - a. Wenn ja, auf welcher konkreten volkswirtschaftlichen Grundlage stützt Ihr Ressort diese Bewertung?
 - b. Wenn nein, in welchen Punkten weicht Ihr Ressort von den Schlussfolgerungen der Studie ab?
13. Sieht Ihr Ressort die Studie als Grundlage für politische Entscheidungen zum Biomethan-Hochlauf?
14. Soll die Studie als Grundlage für künftige Förderinstrumente, Quoten, Beimischungsverpflichtungen oder regulatorische Vorgaben im Gasbereich dienen?
15. Wird die Studie von Ihrem Ressort als Nachweis eines volkswirtschaftlichen Netto-Nutzens von Biomethan verstanden?
 - a. Wenn ja, wo weist die Studie nach Ansicht Ihres Ressorts die Nettoeffekte aus?
 - b. Wenn nein, warum wurde die Studie dennoch öffentlich als volkswirtschaftliche Nutzenanalyse kommuniziert?
16. Ist Ihrem Ressort bewusst, dass eine Input-Output-Analyse grundsätzlich Bruttoeffekte wirtschaftlicher Aktivität ausweist, jedoch keine vollständige gesamtwirtschaftliche Kosten-Nutzen-Analyse ersetzt?
17. Wurde im Ressort geprüft, ob die in der Studie ausgewiesenen Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte lediglich Ausdruck höherer Kosten eines teuren Energieträgers sind?

18. Wurde in Ihrem Ressort geprüft, ob die Studie Kosten mit volkswirtschaftlichem Nutzen verwechselt?
19. Wie bewertet Ihr Ressort den Einwand, dass hohe Ausgaben für Biomethan zwar sektorale Umsätze erzeugen, aber nicht automatisch einen gesamtwirtschaftlichen Wohlstandsgewinn darstellen?
20. Hat Ihr Ressort eine Gegenrechnung erstellt, welche Mehrkosten für Gaskonsumenten entstehen, wenn Erdgas durch Biomethan ersetzt wird?
 - a. Wenn ja, zu welchem Ergebnis kommt diese Gegenrechnung pro TWh Biomethan?
 - b. Wenn nein, warum wurde eine solche Gegenrechnung nicht erstellt?
21. Welche aktuellen Annahmen verwendet Ihr Ressort für den durchschnittlichen Beschaffungspreis von Erdgas in Österreich in Cent/kWh?
22. Welche aktuellen Annahmen verwendet Ihr Ressort für die Gestehungskosten von Biomethan in Österreich in Cent/kWh?
23. Welche Preisspanne für Biomethan hält Ihr Ressort derzeit für realistisch?
24. Wie hoch ist nach Einschätzung Ihres Ressorts die Kostendifferenz zwischen Erdgas und Biomethan pro kWh?
25. Wie hoch ist nach Einschätzung Ihres Ressorts die Kostendifferenz zwischen Erdgas und Biomethan pro TWh?
26. Wie hoch wären die jährlichen Mehrkosten bei einem Biomethan-Hochlauf von 1 TWh, 3 TWh, 5 TWh und 7 TWh?
27. Wer soll diese Mehrkosten nach Vorstellung Ihres Ressorts tragen?
 - a. Haushalte?
 - b. Gewerbebetriebe?
 - c. Industrie?
 - d. Fernwärmekunden?
 - e. Bundeshaushalt?
 - f. Gaskonsumenten
 - g. Stromkonsumenten
28. Gibt es Berechnungen Ihres Ressorts, wie sich ein Biomethan-Hochlauf auf die Gasrechnung eines durchschnittlichen Haushalts auswirken würde?
 - a. Wenn ja, wie hoch wäre die erwartete Mehrbelastung pro Haushalt und Jahr?
 - b. Wenn nein, warum liegen Ihrem Ressort keine entsprechenden Berechnungen vor?
29. Gibt es Berechnungen Ihres Ressorts, wie sich ein Biomethan-Hochlauf auf die Energiekosten von Gewerbebetrieben auswirken würde?
 - a. Wenn ja, welche Mehrbelastungen ergeben sich für typische Gewerbebetriebe?
 - b. Wenn nein, warum wurden solche Auswirkungen nicht berechnet?
30. Gibt es Berechnungen Ihres Ressorts, wie sich ein Biomethan-Hochlauf auf energieintensive Industriebetriebe auswirken würde?
 - a. Wenn ja, welche Branchen wurden untersucht?
 - b. Wenn ja, welche Mehrbelastungen ergeben sich für typische Industriezweige?
 - c. Wenn nein, warum wurden solche Auswirkungen nicht berechnet?
31. Welche Auswirkungen erwartet Ihr Ressort insbesondere für Betriebe mit Hochtemperaturprozessen?
32. Welche Auswirkungen erwartet Ihr Ressort für Branchen wie Papier, Glas, Zement, Keramik, Stahl, Chemie, Lebensmittelverarbeitung und industrielle Prozesswärme?

33. Wurde geprüft, ob höhere Gaspreise durch Biomethan zu Produktionsverlagerungen führen können?
 - a. Wenn ja, zu welchem Ergebnis kam diese Prüfung?
 - b. Wenn nein, warum wurde dieses Risiko nicht geprüft?
34. Wurde geprüft, ob höhere Gaspreise durch Biomethan zu geringeren Investitionen in Österreich führen können?
35. Wurde geprüft, ob höhere Gaspreise durch Biomethan zu Arbeitsplatzverlusten in energieintensiven Branchen führen können?
36. Wurde geprüft, ob die durch Biomethan geschaffenen Beschäftigungseffekte durch Arbeitsplatzverluste in energieintensiven Branchen teilweise oder vollständig kompensiert werden könnten?
 - a. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
 - b. Wenn nein, warum wurde diese zentrale volkswirtschaftliche Frage nicht untersucht?
37. Wurde ein internationaler Gaspreisvergleich in die Bewertung einbezogen?
 - a. Wenn ja, welche Gaspreise in den USA, Asien, Afrika und anderen Industriestandorten wurden dabei herangezogen?
 - b. Wenn nein, warum wurde auf einen internationalen Wettbewerbsvergleich verzichtet?
38. Wie bewertet Ihr Ressort den Standortnachteil österreichischer Industriebetriebe, wenn diese mit deutlich höheren Gaspreisen konfrontiert sind als Konkurrenten in den USA oder Asien?
39. Wie bewertet Ihr Ressort die Aussage, dass ein zusätzlicher Biomethan-Hochlauf den bestehenden Energiepreisschaden der österreichischen Industrie weiter verschärfen kann?
40. Welche Maßnahmen plant Ihr Ressort, um zu verhindern, dass Biomethan zu einer weiteren Verteuerung industrieller Prozessenergie führt?
41. Gibt es seitens Ihres Ressorts eine Definition, welche Sektoren konkret als „Hard-to-Abate“-Sektoren gelten?
42. Plant Ihr Ressort eine Nutzungshierarchie für Biomethan?
 - a. Wenn ja, nach welchen Kriterien soll diese Nutzungshierarchie gestaltet werden?
 - b. Wenn nein, wie soll verhindert werden, dass teures Biomethan ineffizient eingesetzt wird?
43. Die Studie unterstellt für die Betriebsphase einen kostendeckenden Betrieb und setzt den Betriebsüberschuss auf null. Hält Ihr Ressort diese Annahme für realistisch?
 - a. Wenn ja, weshalb geht Ihr Ressort davon aus, dass private Investoren Biomethananlagen ohne Gewinn betreiben?
 - b. Wenn nein, welche Rendite-, Finanzierungs- und Risikoaufschläge müssten realistisch berücksichtigt werden?
44. Wurden Kapitalkosten, Eigenkapitalrenditen und Risikoaufschläge in der politischen Bewertung des Biomethan-Hochlaufs berücksichtigt?
 - a. Wenn ja, in welcher Höhe?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
45. Welche Auswirkungen hätten realistische Renditeanforderungen auf den notwendigen Biomethanpreis?
46. Hat Ihr Ressort geprüft, ob die tatsächlichen Endkundenkosten für Biomethan höher liegen könnten als die in der Studie herangezogenen Gestehungskosten?
 - a. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
 - b. Wenn nein, warum nicht?

47. Die Studie räumt ein, dass der Biomethansektor in der verwendeten Input-Output-Tabelle nicht explizit enthalten ist und ein fiktiver Sektor ergänzt wurde. Wie bewertet Ihr Ressort diese methodische Einschränkung?
48. Hält Ihr Ressort die Modellierung eines fiktiven Biomethansektors für ausreichend belastbar, um politische Entscheidungen über Milliardenbelastungen für Konsumenten und Industrie zu begründen?
49. Welche Sensitivitätsanalysen wurden durchgeführt, um die Unsicherheit dieses fiktiven Sektors abzubilden?
- a. Wenn keine Sensitivitätsanalysen durchgeführt wurden, warum nicht?
50. Die Studie nimmt implizit an, dass Biomethanproduktion als zusätzliche wirtschaftliche Aktivität wirkt und keine Verdrängung anderer Produktions- oder Nachfrageaggregate erfolgt. Teilt Ihr Ressort diese Annahme?
- a. Wenn ja, weshalb geht Ihr Ressort davon aus, dass höhere Gaspreise keine Verdrängungseffekte bei Konsum, Investitionen oder Industrieproduktion auslösen?
 - b. Wenn nein, warum wurde eine Studie beauftragt oder unterstützt, die diesen zentralen Punkt nicht ausreichend berücksichtigt?
51. Hat Ihr Ressort eigene Berechnungen zu Verdrängungseffekten erstellt?
- a. Wenn ja, welche Konsum-, Investitions- und Produktionseffekte wurden berechnet?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
52. Hat Ihr Ressort geprüft, welche Wertschöpfung verloren gehen könnte, wenn Industriebetriebe aufgrund höherer Gaspreise Produktion reduzieren oder verlagern?
- a. Wenn ja, welche Ergebnisse liegen vor?
 - b. Wenn nein, warum wurde diese Prüfung unterlassen?
53. Die Studie weist fiskalische Rückflüsse aus. Hat Ihr Ressort geprüft, ob diese Rückflüsse lediglich teilweise aus zuvor über höhere Preise oder Fördermittel abgeschöpften Mitteln entstehen?
54. Wie bewertet Ihr Ressort den Einwand, dass Steuer- und Abgabenrückflüsse kein eigenständiger volkswirtschaftlicher Nutzen sind, solange die Finanzierungslast nicht gegengerechnet wird?
55. Wurde berechnet, wie hoch der fiskalische Nettoeffekt nach Abzug von Förderungen, Steuerkosten, Umlagen, Verwaltungskosten und Mehrbelastungen wäre?
- a. Wenn ja, wie hoch ist dieser Nettoeffekt pro TWh Biomethan?
 - b. Wenn nein, warum wurde kein fiskalischer Nettoeffekt berechnet?
56. Welche Förderinstrumente für Biomethan sind derzeit geplant oder in Prüfung?
57. Welche jährlichen Fördermittel wären für einen Hochlauf auf 1 TWh, 3 TWh, 5 TWh und 7 TWh erforderlich?
58. Welche Belastungen würden sich ergeben, wenn die Differenzkosten nicht über den Bundeshaushalt, sondern über Umlagen oder Gaspreise finanziert werden?
59. Plant Ihr Ressort Quoten oder Beimischungsverpflichtungen für erneuerbare Gase?
- a. Wenn ja, welche Quotenhöhe ist vorgesehen?
 - b. Wenn ja, ab welchem Jahr sollen solche Quoten gelten?
 - c. Wenn ja, welche Kostenfolgen erwartet Ihr Ressort daraus für Haushalte, Gewerbe und Industrie?
 - d. Wenn nein, schließt Ihr Ressort solche Quoten oder Beimischungsverpflichtungen aus?

60. Plant Ihr Ressort eine verpflichtende Abnahme von Biomethan durch Gasversorger?
- a. Wenn ja, wie sollen die Mehrkosten weitergegeben werden?
 - b. Wenn nein, schließt Ihr Ressort eine solche Verpflichtung aus?
61. Welche Rolle soll Biomethan im künftigen Gasmarktmodell Österreichs spielen?
62. Welche Rolle soll Biomethan im Erneuerbares-Gas-Gesetz oder vergleichbaren Gesetzesvorhaben spielen?
63. Welche Mengenziele für Biomethan verfolgt Ihr Ressort bis 2030, 2035 und 2040?
- a. Auf welcher Datengrundlage beruhen diese Mengenziele?
64. Hat Ihr Ressort geprüft, ob ausreichend nachhaltige Stoffe für diese Mengenziele verfügbar sind?
- a. Wenn ja, welche Rohstoffmengen wurden nach Kategorien erhoben?
 - i. Gülle?
 - ii. landwirtschaftliche Stoffe?
 - iii. biogene Abfälle?
 - iv. Klärschlamm?
 - v. Zwischenfrüchte?
 - vi. sonstige Substrate?
 - b. Wenn nein, warum wurden Mengenziele ohne gesicherte Rohstoffbasis verfolgt?
65. Welche Nutzungskonkurrenzen bei biogenen Reststoffen sind Ihrem Ressort bekannt?
66. Welche Auswirkungen erwartet Ihr Ressort durch steigende Nachfrage nach biogenen Reststoffen auf Substratpreise?
67. Hat Ihr Ressort geprüft, ob ein Biomethan-Hochlauf zu steigenden Preisen in Landwirtschaft, Abfallwirtschaft oder anderen Verwertungspfaden führen kann?
- a. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
68. Die Studie weist selbst auf signifikante Konkurrenz um Rohstoffe im Abfallsektor hin. Wie bewertet Ihr Ressort dieses Risiko?
69. Welche Maßnahmen plant Ihr Ressort, um zu verhindern, dass politisch stimulierte Biomethannachfrage zu steigenden Entsorgungskosten führt?
70. Welche Maßnahmen plant Ihr Ressort, um zu verhindern, dass landwirtschaftliche Substrate künstlich verteuert werden?
71. Hat Ihr Ressort geprüft, ob der Biomethan-Hochlauf zu zusätzlichen Transportwegen und damit zusätzlichen Kosten und Emissionen führt?
- a. Wenn ja, welche Ergebnisse liegen vor?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
72. Wurde geprüft, ob bei steigender Nachfrage nach Substraten die Grenzkosten jeder zusätzlichen TWh Biomethan steigen?
- a. Wenn ja, welche Grenzkostenkurve liegt Ihrem Ressort vor?
 - b. Wenn nein, weshalb wurde keine Grenzkostenbetrachtung vorgenommen?
73. Die Studie verwendet teilweise Daten aus der Analyse von Koller 2016 und passt diese für Biomethananlagen an. Hält Ihr Ressort diese Datengrundlage für ausreichend aktuell?
74. Welche Primärdaten moderner österreichischer Biomethananlagen liegen Ihrem Ressort vor?
75. Wurden reale Betriebsdaten bestehender Biomethananlagen ausgewertet?
- a. Wenn ja, wie viele Anlagen wurden ausgewertet?

- b. Wenn nein, warum nicht?
- 76. Wurden reale Investitionskosten aktueller Biomethanprojekte ausgewertet?
 - a. Wenn ja, welche Kostenspannen ergaben sich?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
- 77. Wurde geprüft, ob die in der Studie angenommenen Importanteile realistisch sind?
 - a. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
- 78. Wurde geprüft, ob die in der Studie angenommene hohe Inlandswertschöpfung bei einem raschen Hochlauf tatsächlich aufrechterhalten werden kann?
- 79. Welche Engpässe erwartet Ihr Ressort bei Anlagenbau, Fachkräften, Genehmigungen, Netzanschlüssen und Substratverfügbarkeit?
- 80. Hat Ihr Ressort geprüft, ob ein starker Biomethan-Hochlauf zu Preissteigerungen bei Bauleistungen, Maschinenbau und technischen Dienstleistungen führen kann?
 - a. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
- 81. Welche Alternativen zum Biomethan-Hochlauf wurden durch Ihr Ressort volkswirtschaftlich geprüft?
- 82. Wurde eine Ausweitung der heimischen Erdgasförderung als Alternative geprüft?
 - a. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
- 83. Wurde eine stärkere Diversifizierung von Erdgasimporten als Alternative geprüft?
 - a. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
- 84. Wurde Elektrifizierung industrieller Prozesswärme als Alternative geprüft?
 - a. Wenn ja, in welchen Branchen ist diese technisch und wirtschaftlich realistisch?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
- 85. Wurde Wasserstoff als Alternative für ausgewählte Hochtemperaturprozesse geprüft?
 - a. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
- 86. Wurde geprüft, welche Maßnahme pro eingesetztem Euro den größten Beitrag zu Versorgungssicherheit leistet?
- 87. Wurde geprüft, welche Maßnahme pro eingesetztem Euro den größten Beitrag zur Emissionsreduktion leistet?
- 88. Wurde geprüft, welche Maßnahme pro eingesetztem Euro die geringste Belastung für Haushalte und Industrie verursacht?
 - a. Wenn solche Vergleiche nicht vorliegen, wie kann Ihr Ressort den Biomethan-Hochlauf volkswirtschaftlich rechtfertigen?
- 89. Wurde eine Kosten-Nutzen-Analyse erstellt, die Biomethan mit Erdgas, heimischer Gasförderung, Effizienz, Elektrifizierung, Wasserstoff und anderen Optionen vergleicht?
 - a. Wenn ja, wird diese Analyse veröffentlicht?
 - b. Wenn nein, warum wurde keine solche Analyse erstellt?
- 90. Welche konkreten klimapolitischen Vorteile erwartet Ihr Ressort durch Biomethan pro TWh?

91. Welche CO₂-Vermeidungskosten ergeben sich nach Berechnung Ihres Ressorts pro Tonne vermiedener Emissionen?
92. Wie vergleicht sich dieser Wert mit anderen Klimaschutzmaßnahmen?
93. Wurde geprüft, ob Biomethan im Vergleich zu anderen Maßnahmen besonders hohe CO₂-Vermeidungskosten aufweist?
 - a. Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
94. Wie bewertet Ihr Ressort die Gefahr, dass Biomethan als politisch gewünschte Lösung gefördert wird, obwohl andere Maßnahmen kosteneffizienter wären?
95. Welche volkswirtschaftlichen Kriterien legt Ihr Ressort künftig an energiepolitische Förderinstrumente an?
96. Wird Ihr Ressort künftig sicherstellen, dass bei energiepolitischen Studien nicht nur Bruttoeffekte, sondern auch Nettoeffekte, Opportunitätskosten und Standortwirkungen ausgewiesen werden?
97. Wird Ihr Ressort eine ergänzende Studie beauftragen, die die Belastungen durch Biomethan für Haushalte, Gewerbe, Industrie und Bundeshaushalt quantifiziert?
 - a. Falls ja, bis wann?
 - b. Falls nein, weshalb nicht?
98. Wird Ihr Ressort eine unabhängige Kosten-Nutzen-Analyse zum Biomethan-Hochlauf beauftragen?
 - a. Falls ja, wer soll diese Analyse durchführen?
 - b. Falls nein, weshalb nicht?
99. Wird Ihr Ressort eine Studie zu den Auswirkungen eines Biomethan-Hochlaufs auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Industriebetriebe beauftragen?
 - a. Falls ja, bis wann?
 - b. Falls nein, weshalb nicht?
100. Wird Ihr Ressort die der SEG-Studie zugrundeliegenden Daten, Annahmen, Modelle und Berechnungen vollständig veröffentlichen?
 - a. Falls ja, bis wann?
 - b. Falls nein, weshalb nicht?
101. Wird Ihr Ressort offenlegen, welche konkreten politischen Entscheidungen bereits auf Grundlage der SEG-Studie vorbereitet werden?
 - a. Falls ja, welche?
 - b. Falls nein, weshalb nicht?
102. Wird Ihr Ressort ausschließen, dass Haushalte und Industriebetriebe über verpflichtende Quoten, Umlagen oder Gaspreise zur Finanzierung eines teuren Biomethan-Hochlaufs herangezogen werden?
 - a. Falls ja, wie wird dieser Ausschluss rechtlich sichergestellt?
 - b. Falls nein, welche Belastungen kommen auf Haushalte und Industrie zu?
103. Welche maximale Mehrbelastung pro kWh Gas hält Ihr Ressort für Haushalte für zumutbar?
104. Welche maximale Mehrbelastung pro kWh Gas hält Ihr Ressort für Industriebetriebe für zumutbar?
105. Welche industriepolitischen Schutzmechanismen plant Ihr Ressort, falls Biomethan zu höheren Gaspreisen führt?
106. Wird es Ausnahmen oder Entlastungen für energieintensive Betriebe geben?
 - a. Falls ja, welche Branchen sollen entlastet werden?
 - b. Falls nein, wie soll die Wettbewerbsfähigkeit dieser Betriebe erhalten bleiben?

107. Wie stellt Ihr Ressort sicher, dass Biomethan nicht zu einem weiteren Kostentreiber für den Wirtschaftsstandort Österreich wird?
108. Wie stellt Ihr Ressort sicher, dass Biomethan dort eingesetzt wird, wo es technisch notwendig und volkswirtschaftlich vertretbar ist?
109. Wie stellt Ihr Ressort sicher, dass Biomethan nicht pauschal als „heimische Wertschöpfung“ beworben wird, obwohl die Mehrkosten von Konsumenten, Industrie und Steuerzahlern getragen werden müssen?
110. Welche Schlussfolgerungen zieht Ihr Ressort aus der Tatsache, dass die Studie selbst zentrale Limitationen hinsichtlich Datenbasis, Modellierung, Verdrängungseffekten und Skalierung einräumt?
111. Wird Ihr Ressort diese Limitationen künftig in der politischen Kommunikation zum Biomethan-Hochlauf ausdrücklich offenlegen?
 - a. Falls nein, weshalb nicht?
112. Wird Ihr Ressort gegenüber der Öffentlichkeit klarstellen, dass die Studie keine vollständige volkswirtschaftliche Netto-Kosten-Nutzen-Analyse darstellt?
 - a. Falls ja, wann und in welcher Form?
 - b. Falls nein, weshalb nicht?